

Jürgen Schneider,
Koordinierungskreis der Nationalen Armutskonferenz
juerschneider35@gmail.com
Tel. mobil +49 1520 – 3212584

nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN



Jürgen Schneider ist Mitglied im Koordinierungskreis der Nationalen Armutskonferenz und dort in der Selbstvertretung von Menschen mit Armutserfahrung aktiv.

Ich darf Sie herzlich im Namen der Nationalen Armutskonferenz (nak) zu dieser Pressekonferenz begrüßen. Mein Name ist Jürgen Schneider, und ich gehöre dem Koordinierungskreis der nak an.

Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist ein Bündnis von Organisationen, Verbänden und Initiativen, die sich für eine aktive Politik der Armutsbekämpfung einsetzen. Sie wurde im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks EAPN (European Anti Poverty Network) gegründet. Neben Bundesverbänden wirken in der nak auch Menschen mit Armutserfahrung bzw. Selbsthilfeorganisationen mit, die ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen und ihre Lösungsansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzeigen.

Gemeinsam mit dem Bündnis AufRecht bestehen macht die nak auf die wachsende Energiearmut in Deutschland aufmerksam. Die Energiekosten steigen derzeit drastisch. Zwar wurde mit den letzten Entlastungen einiges für Erwerbstätige erreicht. Für in Armut Lebende sind die für sie vorgesehenen viel geringeren Hilfen aber weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Darum haben wir uns mit der bundesweiten Vernetzung von Erwerbslosengruppen zusammengeschlossen, um der Problematik Armut mehr Gehör zu verschaffen. Wir brauchen einen Gesamtansatz für eine wirkliche Armutsbekämpfung. Wenn Menschen mit Armutserfahrung nicht deutlich ihre Stimme erheben, werden sie schlicht überhört und übersehen. Hilfen sind nicht bedarfsgerecht, sondern oft weniger als ein Almosen. Selbst der Regelsatz in der Grundsicherung liegt nach Berechnungen von Sozialverbänden mehr als 160 Euro unter dem tatsächlichen Existenzminimum.

Ein ausreichendes „soziokulturelles Existenzminimum“ muss Standard sein. Wenigstens der materielle Bedarf muss abgesichert werden. Davon sind wir in der Realität weit entfernt.

Schon immer sind die Sozialleistungen kleingerechnet worden. In Krisensituation heißt das aber auch: Menschen, die mit diesen Armutsleistungen leben, haben überhaupt nicht die Möglichkeit, zusätzliche Belastungen zu stemmen. Das gilt in der Pandemiezeit und auch für die Auswirkungen des Ukraine-Krieges. Durch die Pandemie mussten viele Menschen lange zuhause bleiben und stehen jetzt vor hohen Strom- und Gasrechnungen. Mit der Inflation und dem Krieg steigen sie weiter.

Grundsicherungsbeziehende bekommen jetzt einmalig zusätzlich 200 Euro für Energie. Das wird in den wenigsten Fällen ausreichen, die ansteigenden Stromkosten aufzufangen. Und: damit ist noch lange nicht die Inflation ausgeglichen. Die 3 Euro Regelsatzerhöhung, die es am Anfang des Jahres gab, ist weit hinter den tatsächlichen Kostensteigerungen zurückgeblieben.

Auch der Lebensunterhalt wird durch den Krieg in der Ukraine noch teurer und kann von den Menschen mit Grundsicherungsleistung bei der momentanen Berechnung der Leistungen kaum aufgefangen werden. Sollen die Menschen „Almosen“ bekommen oder einen wirklich gerechten Bedarf der benötigt wird? Diese Frage müssen die politischen Entscheidungsträger immer vor Augen haben.

Darum muss es jetzt endlich eine existenzsichernde Anhebung der Grundsicherungsleistungen geben.